

3. IGB-WELTKONGRESS BERLIN, 18. – 23. MAI 2014



BUILDING WORKERS' POWER

Kongresserklärung

Die Menschen fühlen sich von ihren Regierungen verlassen

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, verfolgen die Staats- und Regierungschefs und die internationalen Institutionen eine Wirtschaftsagenda, die zu mehr Ungleichheit und zu verheerender Arbeitslosigkeit geführt hat und Demokratien überall untergräbt.

- Sie haben sich nicht für die Maßnahmen eingesetzt, die notwendig sind, um sichere und integrative Demokratien und einen nachhaltigen Planeten für das 21. Jahrhundert zu gewährleisten.
- Sie haben es versäumt, eine solide globale Wirtschaft aufzubauen, was den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien enorme Kosten verursacht hat.
- Sie haben es versäumt, die Rekordarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, jungen Menschen Chancen zu bieten und das Wachstum prekärer und informeller Arbeitsverhältnisse zu stoppen.
- Sie haben es versäumt, für eine gesunde Umwelt zu sorgen und den Klimawandel in den Griff zu bekommen.
- Sie haben es versäumt, Atomwaffen abzuschaffen und für globalen Frieden zu sorgen.

Selbst das „soziale Europa“, in dem Rechte und Schutzvorkehrungen traditionell fest verankert sind, ist unter Beschuss geraten.

Es herrscht tiefes Misstrauen gegenüber den Institutionen, da die Menschen zunehmend das Vertrauen in Regierungen verlieren, die den Wirtschaftsinteressen eine höhere Priorität einräumen als dem Wohl der Erwerbsbevölkerung.

Die Hälfte der Weltbevölkerung hat direkt oder über ihre Familien Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit gemacht, über 50 Prozent gehen einer ungeschützten oder irregulären Beschäftigung nach, und 40 Prozent kämpfen im informellen Sektor verzweifelt ums Überleben.

Überall auf der Welt sind die Gewerkschaften federführend im Kampf für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, mit Strategien, die auf einer gerechten Einkommensverteilung anstelle der leeren Versprechungen neoliberaler Sparmaßnahmen basieren.

Wir wissen, dass die Menschen gute Arbeit, sozialen Basisschutz und einen existenzsichernden Mindestlohn brauchen. Leider wird Hunderten Millionen Menschen gegenwärtig jedoch das Recht auf einen Mindestlohn, von dem sie in Würde leben können, verweigert, und mehr als 75 Prozent der Menschen sind entweder überhaupt nicht oder nur unzureichend sozial abgesichert.

Das Wohlergehen der Konzerne, das die öffentliche Politik zunehmend beherrscht, darf nicht auf Kosten des Sozialschutzes gehen. Angesichts der eskalierenden Dominanz des US-amerikanischen Unternehmensmodells sind wir entschlossen, die Angriffe auf den Tarifprozess abzuwehren, die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse in der informellen Wirtschaft zu verringern und Lohn- und Sozialdumping zu beenden. Zweiundsechzig Prozent der Menschen erwarten von ihrer Regierung, dass sie die Macht der Unternehmen beschneidet.

Überall dort, wo die Gewerkschaften um diese Themen herum Organisationsarbeit verrichten, wird die internationale Gewerkschaftsbewegung sie uneingeschränkt unterstützen. Darum geht es bei diesem Kongress.

Die globale Wirtschaft

Die ‚Strukturanpassungspolitik‘ der 80er und 90er Jahre des letzten Jahrhunderts hat die Entwicklung in den ärmeren Ländern gelähmt, und die heutige ‚Sparpolitik‘ hat der Beschäftigung, dem Wachstum und der Inklusion in zu vielen Industrieländern geschadet.

Die globale Wirtschaft ist 2014 nicht sicherer als vor sieben Jahren. Wir befinden uns jetzt in einer Krise der Arbeitslosigkeit und Ungleichheit, die sowohl unsere Volkswirtschaften als auch unsere Gesellschaften lähmt.

Die Wirtschaft und die sie unterstützenden Politiker haben die große Rezession dazu benutzt, um das Machtgleichgewicht auf Kosten einfacher Menschen nachdrücklich in Richtung auf Großkonzerne zu verlagern. Sie haben die von den Gewerkschaften und anderen progressiven Kräften in Jahrzehnten erzielten Fortschritte untergraben.

Wirtschaftliche Entscheidungen wie die Begrenzung von Tarifverhandlungen schränken die Rechte der Menschen ein und haben das Vertrauen in die Regierungen untergraben. Lediglich 13 Prozent der im Rahmen der weltweiten Umfrage des IGB im Jahr 2013 befragten Personen sind der Ansicht, dass die Interessen der Arbeitnehmer/innen und ihrer Familien für ihre Regierung im Vordergrund stehen, während viele glauben, dass die Unternehmen über zu viel Macht verfügen.

Trotz der überwältigenden Belege dafür, dass neoliberale Maßnahmen destruktiv und wirkungslos sind, drängen die internationalen Finanzinstitutionen die Regierungen weiterhin dazu, sich der Macht der Finanzmärkte zu beugen, und die Regierungen haben sich davon einschüchtern lassen. Die Regulierungsstellen haben die Wirtschaftskrise weder vorhergesehen noch verhindert, und sie sind nach wie vor nicht in der Lage, die Gier und Zerstörung spekulativer Kapitalbewegungen zu verhindern. Die Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung sind lächerlich gewesen, und die Regierungen werden unter Druck gesetzt, die soziale Gerechtigkeit zu einer Variablen zu machen, die der Wirtschaftslage angepasst werden kann. Soziale Gerechtigkeit muss Priorität haben, basierend auf dem Ausbau der Kapazitäten und Tarifverhandlungen, um die bestmögliche Integration wirtschaftlicher und sozialer Überlegungen zu erreichen. Die Finanzwelt muss im Dienste der Wirtschaft stehen, um kommenden Generationen eine Zukunft zu garantieren.

In den Entwicklungsländern, vor allem in Lateinamerika, wurde die Suche nach alternativen Entwicklungsmodellen zum Abbau der Ungleichheiten und für regionale Integration durch den kontinuierlichen Druck auf die Mechanismen zur Kontrolle der Kapitalströme behindert und die Finanzmarktliberalisierung der 1990er Jahre erhalten.

Darüber hinaus werden die Entwicklungsländer kontinuierlich unter Druck gesetzt, ihre Position durch Freihandelsabkommen und die WTO-Verfahren zu konsolidieren. Dieser Druck bewirkt, dass diese Länder Rohstoffexporteure bleiben, was negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Entwicklung in Afrika, Lateinamerika und anderen Teilen der Welt hat.

Das vorherrschende Handelsmodell hat die negativen Trends durch einen abnehmenden politischen Spielraum für den Aufbau einer Produktion mit höherer Wertschöpfung und eine Eskalation ausbeuterischer Lieferketten, in denen die Arbeitnehmerrechte in eklatanter Weise verletzt werden oder nicht existent sind, weiter verschärft. Dort, wo die Regierungen im Interesse ihrer Bevölkerung eingreifen, werden sie inzwischen von den Investo-

ren wegen Gewinnausfalls verklagt. Das muss aufhören. Wir brauchen Kooperation und nicht Konkurrenz, durch sowohl bilaterale als auch multilaterale Abkommen, die auf der uneingeschränkten Achtung der Arbeitnehmer- und anderer Menschenrechte basieren. Dabei ist es wichtig, die Auswirkungen von Handelsabkommen auf die Beschäftigung und die Umwelt zu berücksichtigen, die industrielle Entwicklung zu fördern und Garantien für den sozialen Dialog zu geben, um die Beteiligung der Sozialpartner zu gewährleisten.

Das derzeitige, von der neoliberalen Hegemonie hinterlassene Modell der Freihandels- und Investitionsabkommen untermauert ein von transnationalen Unternehmen und Finanzinstitutionen beherrschtes Modell. Die einzige Rolle für die Entwicklungsländer bei diesem Modell besteht darin, im Rahmen globaler Lieferketten, die von transnationalen Konzernen beherrscht werden, die die Beschäftigten ausbeuten und ihre Rechte verletzen, landwirtschaftliche, mineralische und Energierohstoffe zu liefern. Das muss ein Ende haben.

Fairer Handel, die Entwicklung der einzelnen Länder, Demokratie, Zusammenarbeit und Solidarität sowie die Achtung der Arbeitnehmer- und der Menschenrechte müssen die Grundlage eines neuen internationalen Handelssystems bilden, das die zahlreichen bilateralen, biregionalen und multilateralen Abkommen ersetzt.

Die weltweite Umfrage des IGB im Jahr 2013 hat ergeben, dass jede zweite Familie direkt von Arbeitsplatzverlusten oder Kurzarbeit betroffen ist. Leidtragende sind dabei insbesondere junge Frauen.

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung gibt an, dass ihr Einkommen in den letzten beiden Jahren nicht mit der Erhöhung der Lebenshaltungskosten Schritt gehalten hat. Einen Arbeitsplatz zu haben, ist keine Garantie mehr für die Deckung der Grundbedürfnisse, und die Mehrheit der arbeitenden Armen sind Frauen.

59 Prozent der Menschen haben kein Geld übrig, um zu sparen.

Die Einkommensungleichheiten sind in den letzten 30 Jahren in 17 der 24 OECD-Länder, für die Angaben vorliegen, größer geworden, und mehr als 1,2 Milliarden Menschen weltweit leben in extremer Armut.

Ungleichheit

Der OECD-Bericht über die zunehmende Ungleichheit („Growing Unequal“) zeigt, dass das verfügbare Einkommen zwischen Mitte der 1980er und Anfang der 2000er Jahre zwar im Durchschnitt um 1,7 Prozent pro Jahr gestiegen ist, die Verteilung dieses Wachstums jedoch sehr ungleich war. Das verfügbare Einkommen der reichsten zehn Prozent wuchs um durchschnittlich 1,9 Prozent, das der ärmsten Mitglieder der Gesellschaft um lediglich 1,3 Prozent. Dadurch hat sich der durchschnittliche Gini-Koeffizient in den OECD-Ländern bis 2010 um nahezu 10 Prozent erhöht.

Aus dem jüngsten Bericht der OECD von 2013 geht keinerlei Umkehr dieses Trends hervor. Die Einkommensungleichheit hat in der Tat weiter und schneller denn je zugenommen. Die Zunahme zwischen 2008 und 2010 war so groß wie in den zwölf Jahren vor Ausbruch der Krise, und dies wurde durch die regressive Steuerpolitik vieler Regierungen weiter verschärft.

Der Skandal der Steuervermeidung durch Wohlhabende und Großkonzerne in und zwischen einzelnen

Ländern wird durch die Einschnitte im öffentlichen Dienst, bei den Arbeitsplätzen und der sozialen Sicherheit weiter verschärft. Finanzielle Undurchsichtigkeit, Betrug und Steuerhinterziehung müssen entschieden und wirksam bekämpft werden. Das bedeutet die Bekämpfung von Geldwäscherei, Steueroptimierung und Steueroasen, Praktiken, die einer gerechten Entwicklung und der Verminderung von Ungleichheiten im Wege stehen. Schwarzarbeit und Korruption sind eine starke Belastung für die öffentlichen Finanzen und müssen bekämpft werden. Schwarzarbeit geht auf Kosten des öffentlichen Wohls, nutzt verzweifelte Beschäftigte aus und sorgt für unlauteren Wettbewerb.

Obwohl die Zahl derjenigen, die in den Entwicklungsländern in Armut leben, zwischen 1990 und 2010 um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist, leben nach wie vor mehr als 1,2 Milliarden Menschen unterhalb der globalen Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar pro Tag.

Die internationalen Finanzinstitutionen erkennen nicht, dass die rapide zunehmende Einkommensungleichheit selbst marginales Wachstum und den weiteren Armutsabbau gefährdet.

Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass ein schnelles Wachstum nicht ausreicht, um unsere Gesellschaften integrativer und fairer zu machen. In Botsuana, China, Costa Rica und der Dominikanischen Republik ist das Wirtschaftswachstum mit einer beträchtlichen Zunahme der Einkommensungleichheiten einhergegangen. Die Armut ist daher in geringerem Umfang zurückgegangen als es möglich gewesen wäre.

Das muss nicht so sein. In Ländern mit ähnlichen Wachstumsmustern, wie etwa Ghana und Brasilien, waren die Früchte des Wachstums aufgrund staatlicher Interventionen gleichmäßiger verteilt und die Auswirkungen auf Armut und menschenwürdige Arbeit waren größer.

Wir sollten uns Modelle zum Vorbild nehmen, die über gut entwickelte Fürsorge- und Sozialsysteme und ein hohes Maß an Gleichheit verfügen, wie beispielsweise die nordischen Länder.

Wir fordern die Aufnahme eigenständiger Ziele und Vorgaben für Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit, sozialen Basisschutz für alle, die Gleichstellung der Geschlechter und unentgeltliche gute Bildung für alle in das Post-2015-Rahmenwerk der UN für eine nachhaltige Entwicklung.

Innerhalb dieser oder weiterer Ziele muss es eine Verpflichtung zu oder Vorgaben für den Zugang zu einer erschwinglichen guten Gesundheitsversorgung, zum unentgeltlichen Zugang zu Wasser, zum ungehinderten Zugang zu sanitären Einrichtungen, für Nahrungs- und Energiesicherheit geben. Globale Maßnahmen in Bezug auf HIV/Aids und andere Pandemien und Epidemien müssen weiterhin hoch oben auf der Agenda stehen.

Die Regierungen müssen eine antizyklische Finanzpolitik verfolgen, und es bedarf neben unseren eigenen Bemühungen staatlicher Maßnahmen, um für solide existenzsichernde Mindestlöhne und Tarifverhandlungen zu sorgen, um die Kaufkraft der Beschäftigten zu sichern.

Um einen durchschlagenden Einfluss auf die Gesamtnachfrage in der Weltwirtschaft zu haben, müssten diese Maßnahmen im Rahmen abgestimmter staatlicher Strategien ergriffen werden. Wir sollten daher versuchen, diese Agenda in Foren wie der OECD und der G20 voranzubringen.

Die Rolle der Gewerkschaften

Der IGB fordert Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit und sozialen Basisschutz als zentrale Säulen globaler Maßnahmen, einschließlich eigenständiger Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen. Die Gewerkschaften befürworten zudem Zielvorgaben für den Zugang zu hochwertiger Bildung für alle, für die Gleichstellung der Geschlechter und für Klimagerechtigkeit.

Wir haben die G20 aufgefordert, ihren Wachstums- und Beschäftigungsplan umzusetzen, angefangen mit Investitionen in die Infrastruktur, vor allem in Schulen, öffentliche Verkehrsmittel und Krankenhäuser, und dabei auch grüne Infrastrukturprojekte zu ermöglichen. Unterdessen fordert der EGB von den europäischen Regierungen einen 'Sanierungsplan'.

Die Gewerkschaften sind überzeugt, dass es Alternativen zu den erdrückenden und wirkungslosen Sparmaßnahmen gibt, die so viel Schaden verursacht haben. An ihrer Stelle fordern wir:

- progressive Steuerreformen,
- ein Ende der Steueroasen und der Steuerhinterziehung von Unternehmen durch eine Aushöhlung der Steuerbemessungsgrundlage und Gewinnverlagerung,
- langfristige Investitionen, wie etwa in die Infrastruktur und den Sozialschutz,
- Finanzreformen zur Eindämmung der Spekulation, einschließlich einer Finanztransaktionssteuer, und
- die Bekämpfung von Schwarzarbeit und Korruption.

Wir fordern Investitionen in hochwertige öffentliche Dienstleistungen und in die Pflegewirtschaft, wobei menschenwürdige Arbeit menschenwürdige Pflege und Chancen für Familien und Gemeinwesen bedeutet.

Wir fordern ein Ende der Unterbewertung von Frauenarbeit. Wir machen mobil für die weltweite Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte von Frauen, bei der Arbeit, im Haushalt und in der Gesellschaft, um die Gleichstellung von Mann und Frau zur Realität zu machen. Wir werden auch mobil machen, um die Tätigkeiten von Frauen zu formalisieren und um die gleichberechtigte Teilhabe der Frau bei der Arbeit durchzusetzen.

Wir sind uns bewusst, dass ein staatliches Bildungswesen, eine erschwingliche Gesundheitsversorgung, Kinderschutz, Kinderbetreuung, Altersversorgung, Mutterschutz, Unterstützung für Behinderte und aktive Arbeitsmarktprogramme zu den Grundlagen menschenwürdiger Gesellschaften gehören.

Wir haben Maßnahmen ergriffen, um junge Menschen zu integrieren, u.a. durch Garantien für Ausbildung, Beschäftigung und Sozialschutz mit einer drastischen Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze, um die für ein nachhaltiges Wachstum und die Nutzung des Potenzials neuer Technologien erforderlichen Qualifikationen zu vermitteln.

Die technologischen Fortschritte und die Ausweitung des Internetzugangs bergen enorme Chancen und Herausforderungen für erwerbstätige Menschen. Ein Engagement der Gewerkschaften in Bildungs-, Ausbildungs- und Organisationsfragen im Zeitalter des Internets ist unerlässlich. Der IGB setzt sich für eine Internetregulierung ein, bei der keine staatlichen oder wirtschaftlichen Interessen dominieren und die einen ungehinderten Informationsfluss gewährleistet, mit soliden Sicherheitsvorkehrungen für persönliche Informationen und Redefreiheit unter Berücksichtigung der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit.

Das auf dem neoliberalen „Konsens von Washington“ basierende Kapitalismusmodell hat unsere Gesellschaften noch verwundbarer und ungleicher gemacht. Einfach so weiterzumachen wie bisher, ist keine Option.

Wir brauchen einen weltweiten New Deal, einen neuen Sozialvertrag, der Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit, Sozialschutz und Nachhaltigkeit garantiert.

Die IAO muss im Mittelpunkt der globalen Entscheidungsprozesse stehen, um für einen rechtsgestützten Ansatz in Beschäftigungsfragen zu sorgen. Wir müssen die Volkswirtschaften anhand neuer Wirtschaftsmodelle, die den Menschen und ihren Gemeinwesen dienen, wiederaufbauen, durch Dreigliedrigkeit, sozialen Dialog und Tarifverhandlungen. Wir weisen den Angriff auf die IAO zurück und fordern die Regierungen auf, erneut in die Arbeitnehmerrechte und den sozialen Dialog als zentrale Säulen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu investieren.

Zwischen 2000 und 2010 ist die Zahl der tarifvertraglich abgesicherten Beschäftigten in zwei Dritteln der im IAO-Bericht über die Welt der Arbeit (2012) untersuchten Länder zurückgegangen. Gerechte Nationen können nur dann entstehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger eine laute kollektive Stimme haben und eine klare Rolle für den sozialen Dialog vorhanden ist. Menschenwürdige Arbeit mit garantiertem Arbeitsschutz wird nur dann möglich sein, wenn die Beschäftigten über genügend Macht verfügen, um einen besseren Deal auszuhandeln.

Die Gewerkschaften sind von zentraler Bedeutung für soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung. Wir müssen an unseren Arbeitsplätzen und in unseren Gemeinwesen Organisationsarbeit verrichten, um den Beschäftigten genügend Macht zu verschaffen, damit sie etwas verändern können. Um soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung zu erreichen, müssen wir unsere Regierungen zudem durch unsere politische Macht aus dem eisernen Griff des Kapitals befreien und autoritäre Regime verändern, indem wir demokratische Rechte für die Beschäftigten erwirken. Als größte demokratische Kraft der Welt ist der IGB entschlossen, dies durch gemeinsame Maßnahmen all seiner Mitgliedsorganisationen zu erreichen.

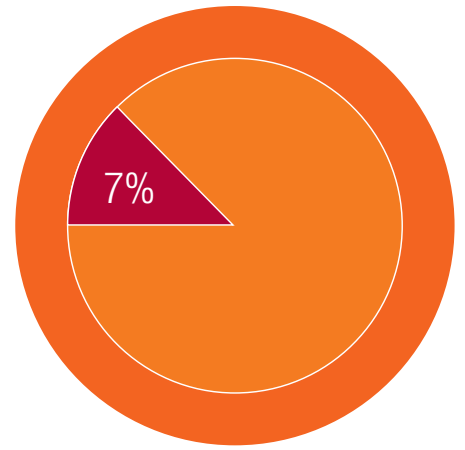
Darüber hinaus müssen der IGB und seine Mitgliedsorganisationen Maßnahmen ergreifen, um die Ratifizierung und wirksame Inkraftsetzung internationaler Arbeitsnormen zu fördern, insbesondere derjenigen, in denen die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen verankert sind.

Die globale Erwerbsbevölkerung

Die Gewerkschaften sind Entwicklungsakteure. In den Entwicklungs- und Schwellenländern, wo die Ungleichheiten am größten sind, kommt ihnen eine maßgebliche Rolle bei der Förderung einer integrativen Entwicklung zu, bei der niemand vergessen wird. Die Solidarität der Gewerkschaften untereinander muss gestärkt werden, und das Netzwerk für gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit muss für wirksamere Partnerschaften sorgen.

Die Herausforderung ist enorm:

- Weltweit gibt es 2,9 Milliarden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- In der formellen Wirtschaft sind 1,7 Milliarden Menschen beschäftigt.
- Gewerkschaftlich organisiert sind 200 Millionen Beschäftigte, und noch einmal so viele gehören Gewerkschaften an, die nicht unabhängig von der Regierung sind.
- Frauen stellen 40 Prozent der weltweiten Erwerbsbevölkerung, aber weniger als 15 Prozent der führenden Gewerkschaftsvertreter/innen.
- 50 Prozent der Beschäftigten haben unsichere Arbeitsplätze, hauptsächlich Frauen.
- Die Arbeitslosigkeit ist unter Frauen höher, und auf jeweils 100 erwerbstätige Männer kommen weniger als 70 Frauen, die erwerbstätig sind.
- 90 Prozent der 230 Millionen Migrant(inn)en weltweit sind Arbeitsmigrant(inn)en.
- Die weltweite Jugendarbeitslosigkeit liegt bei rund 12% und ist damit doppelt so hoch wie die unter älteren Beschäftigten.
- Der Anteil des informellen Sektors an der Weltwirtschaft beträgt 40 Prozent.



Die zentrale Herausforderung ist das Gewerkschaftswachstum, die Organisationsarbeit unter allen arbeitenden Menschen, einschließlich derjenigen, die traditionell nicht in unserem Fokus stehen, um dafür zu sorgen, dass wir über die demokratische Macht verfügen, die notwendig ist, um die Rechte zu fördern und eine Welt mitzugestalten, in der es reichlich gute Arbeit gibt.

Zu diesem Zweck werden der IGB und seine Mitgliedsorganisationen für die zentrale Rolle des Tarifprozesses und des sozialen Dialogs als Grundlage der Demokratie, der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Zusammenhalts eintreten. Tarifverhandlungen auf nationaler und sektoraler Ebene sorgen für den Schutz der Arbeitnehmerrechte. Die Möglichkeiten der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern, mit den Arbeitgebern zu verhandeln und die Politik der Regierung zu beeinflussen, sind von zentraler Bedeutung für die Gewährleistung, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über genügend Macht verfügen.

Selbst dort, wo gewerkschaftsfeindliche Gesetze und Praktiken den Beschäftigten die Gewerkschaftsrechte vorenthalten, bleibt die Gewerkschaft ihr Sprachrohr und die Verfechterin ihrer Interessen.

Klimaschutz

Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze.

Der Klimaschutz ist nicht verhandelbar. Angesichts der höchsten Kohlenstoff-Konzentration in der Atmosphäre, die es je gegeben hat, betritt die Menschheit hier Neuland und ist dabei, die Grenzen dessen, was der Planet verkraften kann, weit zu überschreiten. Die Chance auf eine Stabilisierung des durchschnittlichen Temperaturanstiegs auf unter 2 Grad Celsius rückt in gefährliche Ferne, aber ohne umge-

hende Maßnahmen wird ein durchschnittlicher Temperaturanstieg um 4 Grad Celsius oder mehr bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu noch größerer Zerstörung und zum Tod von Millionen Menschen überall auf der Welt führen.

Es gibt einen Weg, um zu überleben, aber die Regierungen müssen den Mut haben, ihn einzuschlagen.

Der IGB unterstreicht die moralische Notwendigkeit, sowohl einen bewohnbaren Planeten zu erhalten als auch von den Arbeitsplätzen zu profitieren, die der Klimaschutz mit sich bringen kann. Wir fordern die Verpflichtung zu einem ‚gerechten Übergang‘ auf der Grundlage des sozialen Dialogs von der betrieblichen bis hin zur nationalen Ebene, bei dem grüne Fertigkeiten und Sozialschutz garantiert sind. Zu diesem Zweck werden wir uns um eine IAO-Norm als Leitfaden für die Maßnahmen der Regierungen und Arbeitgeber bemühen. Ferner werden wir auf die Gewährleistung hinarbeiten, dass unser eigenes Arbeitnehmerkapital in zunehmendem Maße in die Realwirtschaft investiert wird, einschließlich sowohl in den industriellen Wandel als auch in neue grüne Arbeitsplätze.

Sämtliche Jobs müssen sauberer werden, wenn wir unsere Wirtschaft umweltfreundlicher gestalten wollen, und das Kernstück dieser Transformation muss menschenwürdige Arbeit sein.

Während sich die Welt auf Dezember 2015 als neue Frist für ein globales Klimaabkommen vorbereitet, wird der IGB seine Mitglieder und ihre Gemeinwesen mobilisieren, um ein ehrgeiziges und verbindliches Abkommen zu fordern.

Die Regierungen für den Klimaschutz zur Verantwortung zu ziehen, ist von höchster Priorität, ebenso wie die Gewährleistung, dass wir die Grenzen unseres Planeten nicht überschreiten und dass die entscheidenden Themen Ernährungs- und Energiesicherheit sowie Wasser aufgegriffen werden.

Frieden und Demokratie

Sharan Burrow, Generalsekretärin, IGB: „Wir sind zudem alarmiert über das Unvermögen der Welt, verfahrenere Konflikte beizulegen. Ich möchte an dieser Stelle vor allem die Besetzung Palästinas erwähnen und formell an die Forderung unseres Kongresses in Vancouver erinnern: Bemühungen um einen umfassenden Frieden zwischen Israel und Palästina auf der Grundlage einer Vereinbarung, die die friedliche Koexistenz zweier unabhängiger souveräner Staaten garantiert. Dies erfordert umgehend erneute internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung und muss höchste Priorität haben.“

Der IGB ist einer Welt ohne Massenvernichtungswaffen verpflichtet, in der die Vereinten Nationen in der Lage sind, Konflikte innerhalb von und zwischen Ländern zu vermeiden. Wenn der Frieden unmittelbar in Gefahr ist, muss kollektiven Maßnahmen über den UN-Sicherheitsrat Priorität vor einseitigen Interventionen eingeräumt werden.

Frieden und Demokratie basieren auf:

- der uneingeschränkten Anwendung des Völkerrechts und der Ablehnung unterschiedlicher Maßstäbe aufgrund nationaler oder geopolitischer Interessen;
- sozialer Gerechtigkeit durch die uneingeschränkte Umsetzung der grundlegenden Übereinkommen der IAO in jedem Land und in internationalen Abkommen, einschließlich Handelsabkommen.

Massenvernichtungswaffen stellen eine ernsthafte und unmittelbare Gefahr für die Menschheit dar. Der IGB wird gemeinsam mit seinen Verbündeten in der Zivilgesellschaft darauf hinarbeiten, dass alle Länder den Atomwaffensperrvertrag oder Nichtverbreitungsvertrag (NVV) ratifizieren und umsetzen, auch anlässlich der für 2015 geplanten Konferenz zur Überprüfung des NVV. Wir fordern umgehende Verhandlungen über einen Vertrag zum Verbot des Einsatzes, der Herstellung, Lagerung und des Besitzes von Atomwaffen als einen ersten Schritt in Richtung auf ihre vollständige Beseitigung. Wir werden uns zudem für die Regulierung des Handels mit Kleinwaffen einsetzen und deutlich machen, dass Hunderte Milliarden Dollar an Militärausgaben umgelenkt und der Deckung grundlegender Bedürfnisse im Zusammenhang mit nachhaltiger Beschäftigung und Entwicklung dienen müssen.

Migration muss auf einer freien Entscheidung basieren und kann notwendig sein, um Krieg, Diktatur, Sklaverei oder Armut zu entfliehen. Die Migrationspolitik muss in den Zuständigkeitsbereich der Vereinten Nationen fallen und somit auf einem rechtsgestützten Ansatz basieren, im Einklang mit den Prinzipien der IAO. Jeder Migrant und jede Migrantin sollte die Wahl haben, entweder zu Hause zu bleiben, wo Vollbeschäftigung, menschenwürdige Arbeit und Sozialschutz garantiert sind, oder die Staatsangehörigkeit eines neuen Landes ihrer Wahl anzunehmen. Die Welt braucht Investitionen, die überall Chancen bieten, und keine Mauern, die die Menschen entzweien und ihnen die Möglichkeit nehmen, eine menschenwürdige Zukunft aufzubauen.

Der IGB steht an der Seite unserer Kolleginnen und Kollegen, die für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte kämpfen, wie etwa in Ägypten, Bahrain, China, Fidschi, Hongkong, Libyen, Tunesien und Weißrussland.

Der IGB verurteilt das Leid des saharaischen Volkes, das bereits ein halbes Jahrhundert andauert, und fordert alle am Westsahara-Konflikt beteiligten Parteien dringend auf, umgehend eine gerechte, dauerhafte und akzeptable Lösung zu finden, im Rahmen von Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und auf der Grundlage der Prinzipien Freiheit und Demokratie.

Der IGB sollte der Beendigung des Grenzkonfliktes zwischen Eritrea und Äthiopien und der Wiederherstellung friedlicher Beziehungen und des Vertrauens zwischen den beiden Erwerbsbevölkerungen genügend Aufmerksamkeit schenken.

Wir verurteilen die Besatzung Palästinas durch Israel und werden uns um einen gerechten und nachhaltigen Frieden zwischen Israel und Palästina im Einklang mit der Legitimität des Völkerrechts und insbesondere mit den Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates bemühen.

http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/09_Final_Resolution_-_Peace_Disarmament_and_UN_-_March_-_DE.pdf

Wir fordern:

Ein Ende des Baus illegaler israelischer Siedlungen und die Räumung bereits existierender Siedlungen; Israels vollständigen Abzug von palästinensischem Land im Einklang mit dem Grenzverlauf vom 4. Juni 1967 sowie die Entfernung der illegalen Trennmauer.

Diese Forderungen werden Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und einen umfassenden Frieden fördern und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und die Gründung eines freien und

unabhängigen palästinensischen Staates mit Ostjerusalem als Hauptstadt bestätigen.

In gleicher Weise stehen wir hinter den Forderungen unserer Mitglieder nach Frieden und Sicherheit in Ländern, die von Konflikten heimgesucht werden, wie Afghanistan, die Demokratische Republik Kongo, Guinea, Haiti, Irak, Mali, Somalia, Syrien, die Ukraine und die Zentralafrikanische Republik, sowie hinter denen, die im Iran, in Simbabwe und Swasiland unterdrückt werden.

Wir bedauern zudem die Verweigerung von Rechten, vor allem die Angriffe auf die Vereinigungsfreiheit, sowie gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen. Wir werden für ein Ende der Straffreiheit in Guatemala, Kolumbien und der Türkei kämpfen und für ein Ende der Sklaverei in Katar, Saudi-Arabien und anderen Ländern.

Wir verurteilen die langjährige Spaltung Zyperns, eines EU-Mitgliedes, und appellieren an alle beteiligten Parteien, ihre Bemühungen zu verstärken, um bald eine tragfähige und gerechte Lösung für das Zypern-Problem zu finden, um das Land wiederzuvereinigen und Frieden und Stabilität in den südöstlichen Mittelmeerraum zu bringen und vor allem die Beziehungen zwischen den Nachbarländern Zypern, Griechenland und der Türkei zu verbessern. Darüber hinaus begrüßt der IGB den Beginn einer neuen Verhandlungsrunde im vergangenen Februar unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs, die darauf abzielt, eine umfassende Lösung zu finden, und ermutigt die beiden zypriotischen Regierungschefs, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Erwartungen der Beschäftigten und der Menschen in Zypern hinsichtlich einer friedlichen und sicheren gemeinsamen Zukunft zu erfüllen, basierend auf allen relevanten UN-Resolutionen und im Einklang mit den Gründungsprinzipien der EU.

Wir werden auch weiterhin der Unterdrückung und Diskriminierung aufgrund der Religion, der Hautfarbe, der Nationalität, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität, der politischen Überzeugung, der sozialen Herkunft, des Alters oder einer Behinderung entgegenzutreten und die IGB-Mitgliedsorganisationen ermutigen, für Beschäftigte einzutreten, die unter derartiger Diskriminierung zu leiden haben.

Schlussfolgerung

Der IGB ist entschlossen, den Beschäftigten mehr Macht zu verschaffen, damit sie sozial gerechte Gesellschaften und Volkswirtschaften mitgestalten können.

Die Gewerkschaftsbewegung ist dabei, auf globaler Ebene etwas zu bewegen: für Hausangestellte, für Beschäftigte, die in Katar und anderswo moderner Sklaverei ausgesetzt sind, bei der Auseinandersetzung mit der Macht der Unternehmen, bei der Formalisierung informeller Tätigkeiten, bei der grenzüberschreitenden Organisierung von Migrant(inn)en, beim Sozialschutz, bei der Aushandlung solider Tarifverträge und Mindestlöhne, bei der Etablierung neuer Rechte und bei der Verteidigung vorhandener Grundrechte in der Gesetzgebung und Praxis. Wir stehen in vorderster Front im Kampf für Klimagerechtigkeit. Auf diesen Errungenschaften müssen wir aufbauen, durch einheitliche und globale Gewerkschaftsaktionen, um ein demokratisches und progressives Sozial- und Wirtschaftssystem für alle Menschen der Welt zu erreichen.

Dieser Kongress wird Aktionsrahmen beschließen, um Folgendes zu gewährleisten:

- Gewerkschaftswachstum
- Nachhaltige Arbeitsplätze, Einkommenssicherheit und Sozialschutz sowie
- Grundrechte

Die Ungewissheit, vor der die Menschen stehen, verursacht Wut und weckt keine Hoffnung. Wir fordern einen Plan und wir fordern Hoffnung. Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und noch mal Arbeitsplätze: menschenwürdige, gute Arbeit auf der Grundlage eines globalen Rechtsrahmens.

Wir haben eine Vision von einer positiven Zukunft für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien, geprägt von einer starken internationalen Gewerkschaftsbewegung. Diese Bewegung kann ihre zahlreichen Mitglieder organisieren und mobilisieren, um uns geschlossen gegen die eigennützigen Interessen des unregulierten Kapitals und der unregulierten Märkte zu stellen.

Damit wir über die dafür erforderlichen Mittel verfügen, müssen wir die Arbeitsweise der globalen Gewerkschaftsbewegung überdenken. Wir müssen eine integrative und partizipatorische Gewerkschaftsbewegung aufbauen, die in der Lage ist, Lösungen für die Probleme der arbeitenden Menschen zu finden. Das bedeutet auch eine Demokratisierung und Dezentralisierung der Art und Weise, in der die Gewerkschaftsbewegung arbeitet. Alle Berufssparten und Vertretungsebenen müssen ein Mitspracherecht haben, um dem Gewerkschaftspluralismus Rechnung zu tragen.

Der IGB ist stolz auf unsere integrative globale Bewegung erwerbstätiger Menschen, und wir stehen an ihrer Seite und an der Seite ihrer Familien, wenn wir uns darum bemühen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Macht zu verschaffen, um die Demokratie und die Freiheit zu stärken, Rechte einzufordern und durch Tarifverhandlungen auf eine sozial gerechte Welt hinzuarbeiten.

Die Kongresserklärung enthält das Mandat für die Tätigkeiten des IGB bis 2018. Sie wurde unter Bekräftigung der Entschlüsse des IGB-Kongresses von Vancouver als breite politische Plattform angenommen.